



Köln

[Archiveinsturz](#)

Keine Ermittlungen gegen die Stadt

Erstellt 20.01.2014



Am 3. März 2009 stürzte das Archiv in die Baugrube der U-Bahn. Foto: Gauger

Die Staatsanwaltschaft hat bei der Suche nach den Verursachern des Archiv-Einsturzes 89 Beschuldigte ins Visier genommen. Mitarbeiter der Stadtverwaltung oder anderer Behörden stehen nicht unter Verdacht der fahrlässigen Tötung. Von Michael Fuchs

Köln. Wer trägt die Verantwortung für den Einsturz des Stadtarchivs und zweier angrenzender Häuser am 3. März 2009? Bei der Suche nach den Verursachern der Katastrophe, die zwei junge Männer das Leben kostete, nimmt die Staatsanwaltschaft Köln nun insgesamt 89 Beschuldigte ins Visier, die beim Bau der Nord-Süd-Stadtbahn an der Planung, Ausführung und Überwachung des Gleiswechselbauwerks am Waidmarkt beteiligt waren.

Anklageerhebung noch in weiter Ferne

Gegen sie wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung in zwei Fällen, der fahrlässigen Körperverletzung und der Baugesfährdung eingeleitet. Mitarbeiter der Stadtverwaltung oder anderer Behörden sind laut Staatsanwaltschaft nicht darunter. Auch gegen den früheren KVB-Vorstand Walter Reinarz und aktive KVB-Vorstände wird, wie bereits berichtet, nicht ermittelt.

Wie die Staatsanwaltschaft am Montag mitteilte, richten sich die Ermittlungen sowohl gegen Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft (Arge) der am U-Bahn-Bau beteiligten Firmen (Bilfinger, Züblin, Wayss & Freytag) und ihrer Subunternehmer als auch gegen Verantwortliche der Bauherrin KVB „nebst ihren Fachplanern und Gutachtern“. Die große Zahl der Beschuldigten erkläre sich dadurch, „dass sich die Prüfung des Anfangsverdachts auf alle erdenkbaren Schadensszenarien erstrecken musste“.

Im Klartext: Die Staatsanwaltschaft hat den Kreis der Beschuldigten sehr weit gezogen, um gewappnet zu sein für alles, was bei der weiteren Beweissicherung noch ans Tageslicht kommt. Man wollte sichergehen, dass neben der gängigen These, wonach ein Loch oder Spalt in der Lamelle 11 der Schlitzwand die Hauptursache des Einsturzes sein könnte, auch alle anderen möglichen Versäumnisse und Fehler – etwa bei der Erstellung der Bodengutachten im Vorfeld – verfolgt werden können.

Ob, wann und gegen wen Anklage erhoben wird, ist derzeit völlig offen. Die Staatsanwaltschaft betont, dass die Benennung von 89 Beschuldigten nur erfolgt sei, um die am 3. März 2014 ablaufende Verjährungsfrist zu unterbrechen. Vor weiteren Entscheidungen sei „das abschließende Ergebnis der Untersuchungen der Einsturzstelle und des in Auftrag gegebenen Sachverständigengutachtens abzuwarten“.

Die Stadt unterstrich, dass die damalige Planung und Ausschreibung der U-Bahn durch die Stadt Köln erfolgt sei, die Staatsanwaltschaft aber „keinerlei Anhaltspunkte für strafbares Verhalten von Mitarbeitern der Stadt Köln“ sehe.

Die KVB erklärte, die Staatsanwaltschaft habe „vorsorglich“ Ermittlungen gegen KVB-Mitarbeiter eingeleitet. Hier gelte zunächst die Unschuldsvermutung. Man bleibe zuversichtlich, dass das Gutachten des Sachverständigen „unsere Mitarbeiter entlasten wird“.

Die SPD teilte gestern mit, dass der Porzer SPD-Politiker Lutz Tempel (54) „aus persönlichen Gründen“ seine Kandidatur für den Kommunalwahlkreis Porz-Mitte/Zündorf/Langel zurückgezogen und sein Ratsmandat niedergelegt hat. Tempel, der heute als Bauingenieur für ein privates Büro arbeitet, war seinerzeit im Zuge des U-Bahn-Baus von der Stadt Köln zur KVB gewechselt. Berichte, wonach die Staatsanwaltschaft ihn als Beschuldigten führt, wies SPD-Chef Jochen Ott als „reine Spekulation“ zurück. Für eine Stellungnahme war Tempel gestern nicht zu erreichen.

Für die Arge ändert sich nach Angaben ihres Sprechers Markus Lempa nichts. Man begrüße, dass die Staatsanwaltschaft alle Schadensszenarien in den Blick nehme, und hoffe, dass weiterhin ergebnisoffen ermittelt werde. Einen Zusammenhang zwischen den Ermittlungen und dem Suizid eines ehemaligen Arge-Geschäftsführers vor einigen Monaten gibt es laut Lempa nicht.